

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerer, Dresden, Neumarkt 10

Redaktion: Dresden, Neumarkt 10

Druck: Druckerei des Verlegers, Dresden, Neumarkt 10

Deutschland muß den Youngplan sprengen

Die Ansicht eines dänischen Hochschullektors

Kopenhagen, 19. Febr. Der Rektor der Kopenhagener Universität, der bekannte Nationalökonom Professor E. B. Rind, der sich dieser Tage in Oslo aufhält, hat der Zeitung „Tidens Tegn“ ein aussehenerregendes Interview gegeben, in dem er Deutschland auffordert, die Youngplanzahlungen bis auf einen Rest von 600 Millionen einzustellen. Rind unterstreicht, daß Deutschland die Reparationszahlungen bisher lediglich durch Anleihen gezahlt habe. Diese Anleihen seien entweder kurzfristig, so daß sie immer im unruhigen Augenblick gefündigt werden könnten, oder es seien langfristige mit ganz verrückten Zinskursen. Es habe Fälle gegeben, wo gute Industrieunternehmen Darlehen nur für 17 u. 6. erhalten hätten. Die einzelnen deutschen Geschäftsteile läßen mit einer fürchterlichen Hinfälligkeit da, die sie an die Vereinigten Staaten zu zahlen hätten.

Er glaube ernstlich, daß es in Europa als eine sehr große Enttäuschung empfunden werden würde, wenn Deutschland den großen Youngplan wagen und erklären würde, daß es von dem Youngplan nur noch 600 Millionen zahlen wolle, die durch Einnahmen der Reichsbahn gesichert sind, und sonst nichts.

Natürlich würden England und Frankreich zunächst einmal mit dem Säbel raffen. Aber er glaube bestimmt, daß sie nicht wieder deutsches Gebiet besetzen würden. Wenn sie sich

dann nach vierzehn Tagen ausgerafft hätten, würden sie Amerika mitteilen, daß sie selbst auch nicht bezahlen könnten, was sie Amerika schuldig seien.

Europa sehe sich nicht gut dabei, daß Deutschland nicht lauffähig sei und daß dieses Land, das seine Industrien mit geliehenem Geldern rationalisiert habe, als Unterbieter auf dem europäischen Markt aufstehe. Auch könne man nicht wünschen, daß die deutschen Industrieunternehmen gezwungen würden, ihre deutschen Arbeiter zu Null zu machen. Genau so wie Europa im ersten Augenblick verblüfft sein werde über das, was man gemeinhin einen Vertrauensbruch Deutschlands nenne, werde es bald zufrieden darüber sein. Ja, das merkwürdige sei, daß auch Amerika nicht böse sein werde. Die amerikanischen Politiker könnten in diesem Punkte nicht von sich aus die Initiative ergreifen, weil die Zinsen und Raten, die Amerika von Frankreich, England und den anderen Ländern erhalte — und diese natürlich wieder von Deutschland —, wiederum Gelder seien, mit denen Amerika die Zinsen seiner Staatsschulden bezahle. Gelder, die Amerika andernfalls durch Steuern vor allen Dingen von seinen Farmern aufbringen müßte. Deutschland müsse die Initiative ergreifen und dadurch, daß es den Youngplan sprengt, England und Frankreich Gelegenheit geben, ihre eigenen Uebereinkommen mit Amerika zu annullieren.

Wieder schwere politische Zusammenstöße in Danzig

Danzig, 19. Februar. Heute vormittag wurden zwanzig arbeitslose Nationalsozialisten, die vom Arbeitsamt kamen, auf dem Fischmarkt von Angehörigen der Roten Marine und des Rotfrontkämpferbundes, die sich mit zwei Hauptanführern hinter Kohlenwagen verschanzt hatten, ohne weiteres beschossen. Einer der Nationalsozialisten, der von einem Kommunisten aus Pflaster geworfen und mit einem Messer bearbeitet wurde, gab in der Notwehr einen Schuß ab, der seinem Angreifer in den Hals ging. Die Polizei verhaftete mehrere Kommunisten.

Auch am gestrigen Mittwochabend wurden auf der Schiffselbammbrücke und in Joppot Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mit Stöcken und Messern übel zugerichtet. Die Haupttäter, Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes, konnten von der Polizei auf der Flucht verhaftet werden.

Wirth singt das Loblied der SPD.

Paris, 19. Febr. Reichsinnenminister Dr. Wirth äußerte sich gegenüber dem Berliner Mitarbeiter des „Ceuve“ über den Auszug der nationalsozialistischen Abgeordneten aus dem Reichstag. Die Hitler-Anhänger hätten festerlich auf jede ungeschickte Handlung verzichtet. Sie wüßten, daß sie, wenn sie sich auf neue außerhalb der Gesetze stellen würden, das sofortige Verbot hervorgerufen würden. Die Lage habe sich geändert. Die Regierung Brünning gestützt auf die Mittelparteien und in immer härterem Maße auch durch das Vertrauen der Allgemeinheit, sei der Felsen, an dem die nationalsozialistische Woge zerbrechen werde. Die Haltung der Sozialdemokraten habe den Hitler-Anhängern die größte Enttäuschung gebracht. Er, Wirth, könne gar nicht genug die hochherzige Raatsmännliche Gesinnung anerkennen, die die Führer der Sozialdemokratischen Partei bewiesen hätten, indem sie auf gewisse Programmpunkte verzichtet, oder, besser gesagt, deren Durchführung zugunsten des größeren Interesses des Landes aufgeschoben hätten.

Der „rote“ Wirth kommt in diesem Interview wieder einmal zum Durchbruch. Ueber die Vorliebe des Zentrumsministers für die Partei der Kirchenaustrittsbewegung ist man sich in Deutschland längst im klaren. Aber von einem Reichsminister dürfte man erwarten, daß er den Franzosen nicht Lobreden über die SPD, wegen ihrer „hochherzigen Raatsmännlichen Gesinnung“ hält, wenn er genau weiß, daß ihre Einstellung zum Kabinett Brünning nur der schlotternden Angst vor dem „Faschismus“ entspringt, und daß die von parlamentarischen Umständen nicht beschwerten Führer dieser Partei gleichzeitig den Landesverrat verherrlichen und zum Bürgerkrieg hegen. Und wie würde wohl ein französischer Minister dahsehen, wenn er es sich einfallen ließe, eine große französische Rechtspartei in einer deutschen Zeitung zu diskreditieren und zu bedrohen?

Fried gegen Wirth

Jena, 19. Febr. Die Jenaer Studentenschaft veranstaltete am Mittwochabend eine Kundgebung, auf der Staatsminister Fried über das Thema „Der Weg zur Freiheit“ sprach. Er führte dabei unter anderem aus, daß das Rumpfparlament in Berlin keinen Boden mehr im deutschen Volke habe. Das Volk verlange vielmehr stürmisch Neuwahlen zum Reichstage. Wenn der Reichsinnenminister Dr. Wirth durch Mundstuch verbreitet habe, er werde gegen eine etwaige Konstituierung eines Rumpfparlamentes der nationalen Opposition in Weimar mit der Reichsexekution vorgehen, so müsse er, Fried, erklären, daß eine etwaige Tagung der nationalen Opposition im Deutschen Nationaltheater in Weimar Herrn Dr. Wirth nichts angehe, da über das Nationaltheater in Weimar nicht Dr. Wirth, sondern er, Fried, zu verfügen habe. Gegenüber dem absterbenden System sei ein neues Deutschland der Ehre, Christlichkeit, der Kraft und Freiheit im Werden. Gerade die deutschen Akademiker seien berufen, bei der geistigen, sittlichen und willensmäßigen Erneuerung des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Die akademische Jugend merke, um was es gehe, und wende sich immer mehr dem Nationalsozialismus zu.

Die Deutschnationalen bleiben fest

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat heute mittig zu einer Sitzung zusammen, die zu dem Ergebnis führte, an dem Entschluß, sich an den Arbeiten des Reichstages nicht zu beteiligen, festzuhalten.

Sandgranatenkampf mit einem Verbrecher

Dessau, 19. Febr. Ein bekannter Verbrecher, der Arbeiter Paul Schwallin aus Würlitz (Kreis Anhalt) erschoss heute früh den Oberlandjäger Pfeil, der ihn in seiner Wohnung verhaften wollte. Drei weitere Landjäger warfen darauf Sandgranaten nach Schwallin, dem es aber infolge des dichten Nebels gelang, zu entkommen. Schwallin, der bereits im vorigen Jahre einen Oberlandjäger zum Krüppel geschlagen hat, wurde damals zu langjähriger Inhaftation verurteilt, doch gelang es ihm, aus der Strafanstalt zu entfliehen.

Die Wirtschaftsverbände beim Kanzler

Besprechungen über den Schenker-Vertrag

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeld.) Nachdem der Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwoch Vertreter des Expeditionsgewerbes und anderer interessierter Kreise zu einer Aussprache über den zwischen der Reichsbahn und dem Expeditionskonzern Schenker & Co. geschlossenen Vertrag empfangen hatte, wird er heute die Spitzenverbände der gesamten Wirtschaft in der Reichskanzlei empfangen, um den Vertrag zu besprechen. Von den Eindrücken, die die Regierung bei diesen Besprechungen empfängt, wird sie ihre Zielumsetzung gegenüber dem Vertrag abhängig machen, dessen von der Reichsbahn in Aussicht genommene sofortige Durchführung bekanntlich der Reichsverkehrsminister zurückgewiesen hat. Auch der Reichstag dürfte Gelegenheit haben, sich bei den Beratungen über den Etat des Verkehrsministeriums mit dieser Frage zu beschäftigen. Während in der heutigen Besprechung die Spitzenverbände sich wohl hauptsächlich mit den Wirkungen des Vertrags für die Verlagerung und für den selbständigen Speditionsmittelstand beschäftigen werden, wird man im Reichstag das Problem, ob die Reichsbahn den Vertrag ohne Genehmigung des Verkehrsministers abschließen dürfte, erörtern.

Die Anzulänglichlichkeit der Osthilfe

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeld.) Gegenüber der Kritik, die an dem Osthilfsprogramm der Reichsregierung von den verschiedensten Seiten geübt worden ist, nimmt man jetzt an zuständiger Stelle Veranlassung, vor allem darauf hinzuweisen, daß das Reich angesichts seiner beschränkten Finanzmöglichkeiten zu einer noch weitergehenden Hilfe nicht hätte schreiten können. Man verweist besonders auch darauf, daß das Reich bare Zuschüsse nur für die Zinsverbilligung und die Faskontierung gewähren könne, daß es Kredite aber nicht geben könne, da ihm dazu die erforderlichen Mittel vollkommen fehlten.

Als wesentlich an dem vom Kabinett für den Osten verabreichten Osthilfsprogramm müsse aber angesehen werden, daß die Entschuldung nicht mehr an eine bestimmte Regierung gebunden sei, daß vielmehr durch das Gesetz jede Regierung gezwungen

sei, die Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Die ganze Hilfe für den Osten sei dadurch, daß alle Gelder der Bank für die Industrie-Obligationsanleihe ausgeben, die sie dann an die Schuldner weiterleitet, auf eine unpolitische Basis gestellt worden. Besonders wird sodann noch betont, daß sich die Reichsregierung darüber klar sei, daß mit einem Entschuldungswert selbst wie dem jetzt geplanten eine Restabilität der Wirtschaft im Osten erreicht werden könne, daß diese vielmehr abhängig sei von ganz anderen Faktoren, besonders von einer Besserung der allgemeinen Krise auf dem Weltmarkt.

Das Agrarhilfsprogramm vor dem Reichskabinett

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeld.) Das Reichskabinett hat heute vormittag die Spezialdebatte des Agrarhilfsprogramms begonnen. In einem Referat ist man noch nicht gekommen, vielmehr soll die Agrarberatung morgen fortgesetzt werden. In einem über sie ausgegebenen amtlichen Kommuniqué wird erklärt, daß die Beratungen „in wesentlichen Fragen bereits vollkommene Uebereinstimmung“ ergeben hätten. Allerdings wird nicht gesagt, auf welche Punkte sich diese Uebereinstimmung bezieht.

Die Industrie zur Sozialpolitik

Berlin, 19. Febr. Der Exportförderungsauausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes hat in seiner heutigen Sitzung eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß jede Tätigkeit zur Förderung der Ausfuhr, die von der Wirtschaft oder von der Reichsregierung unternommen wird, fruchtlos und vergeblich sein werde, wenn nicht die seitherigen Grundzüge unserer Handelspolitik aufrechterhalten blieben. Jede Erschlüpfung des Handelsvertragswesens und die Ueberforderung der landwirtschaftlichen Sozialforderungen würden im Auslande weitere Erbitterung und Gegenmaßnahmen auslösen, die sich durch noch weitere Verschlechterung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten am Auslands- und Heimatmarkt auswirken würden.

schon Offenheit in dem Bestreben entgegennehmen, daß die Tatsachen in der neuen Organisation des Staates ihren Ausdruck finden und die jetzt auseinanderstrebenden geistigen Kräfte sich zu dem gemeinsamen Werk der Vergrößerung des Vaterlandes verbinden.

Deerberg legt sein Mandat nieder

Berlin, 19. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des PDJ, meldet, hat der juristische Sachverständige der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag, Senatspräsident Dr. Deerberg, heute sein Landtagsmandat niedergelegt. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. v. Winterfeld, begründet er diesen Schritt mit Gesundheitsrückständen. Doch dürfte man nicht schließen, in der Vermutung, daß Dr. Deerberg sein Rücktrittsgesuch einreichte, als er sah, daß seine Stellungnahme gegen das Buch „Vesellschaftliche Justiz“ von großen Teilen der deutschnationalen Landtagsfraktion angegriffen wurde.

Maner plant Umbau der spanischen Verfassung

Madrid, 19. Febr. Die Agentur Fabra veröffentlicht über die Entwicklung der durch den Rücktritt des Kabinetts entstandene Krise eine längere offizielle Erklärung, in der zum Schluß über die Ziele der neuen Regierung ausgeführt wird:

Die neue Regierung hat außer der Bewältigung der dringendsten Gegenwartsfragen des spanischen Lebens und der Befriedung der heißen politischen Kämpfe auch die Absicht, diese einzuberufen, die, mit verfassunggebendem Charakter ausgestattet, die Verfassung von 1870 in der vollen erforderlichen Ausdehnung reformieren sollen, und in denen alle Strömungen der öffentlichen Meinung, so extrem sie auch sein mögen, den Weg des Rechtes und die Garantien des Gesetzes sowie eine angemessene Formel für alle Wünsche hinsichtlich der Neuorganisation des Staates finden, um diesem die erwünschte Verfassungsfähigkeit und die unerlässliche Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der neuen Probleme und der neuen Zeiten zu geben. Die Regierung wird auch die Wünsche der großen Richtungen der katalani-